

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 30/39
Telex: 05 55 546-48 pbbn d



Inhalt

Marie Schlei MdB, Vorsitzende des außenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion, bezeichnet die Friedenssicherung als überragende außenpolitische Aufgabe für 1979.

Seite 1/2

Hermann Rappe MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung, zieht eine positive Zwischenbilanz des 2. Sonderprogramms für Schwerbehinderte.

Seite 3

Karl-Arnold Eickmeyer MdB fordert von der DDR einen größeren Beitrag zur Reinhaltung von Werra und Weser.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

34. Jahrgang / 18

25. Januar 1979

Friedenssicherung bleibt die Hauptaufgabe

Die außenpolitische Rolle der Bundesrepublik zu Beginn des Jahres 1979

Von Marie Schlei MdB
Vorsitzende des außenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion

Haushaltsdebatten des Parlaments verpflichten dazu, sowohl Bilanz zu ziehen als auch Orientierungspunkte zu setzen. Die außenpolitische Bilanz dieser Regierung für das Jahr 1978 gehört ohne Zweifel zu den positivsten Ergebnissen der sozialliberalen Koalition. Die Bundesrepublik ist heute ein anerkannter und geachteter Partner in zentralen und weltpolitischen Fragen.

In Europa hat sie sich als Motor der europäischen Integration erwiesen. Der Beschluß, ein Europäisches Währungssystem zu schaffen, wird Europa ein gutes Stück auf dem Wege zur Integration voranbringen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1979 werden dazu beitragen, das bisher bestehende demokratische Defizit im Prozeß der Integration wettzumachen und zu überwinden.

Im Atlantischen Bündnis hat die Bundesrepublik wesentliche Beiträge zur gemeinsamen Verteidigung und zur Entspannungspolitik geleistet. Das Langzeitprogramm zur Verteidigung des Bündnisses und die Beiträge zur Rüstungskontrolle sind ein Beispiel dafür.

Im Ost-West-Verhältnis hat sie entscheidend zur Stabilisierung und zur Kontinuität der Entspannungspolitik beigetragen. Die Ergebnisse des Besuchs von Generalsekretär Breschnew in der Bundesrepublik im Mai 1978 und die Vereinbarungen mit der DDR über Verkehrsfragen und andere Bereiche legen Zeugnis davon ab.

Im Nord-Süd-Dialog haben Willy Brandt durch seine Tätigkeit in der Nord-Süd-Kommission und Helmut Schmidt durch seine Beiträge auf der Konferenz in Jamaika am Ende des Jahres 1978 die Bedeutung des Ausgleichs zwischen Nord und Süd nachhaltig unterstrichen.

Die Weltwirtschaftskonferenz in Bonn im Sommer 1978 hat gezeigt, daß die Beiträge der Bundesrepublik zur Überwindung der weltwirtschaftlichen Strukturprobleme von den wichtigsten Industriestaaten der westlichen Welt nicht nur gesucht, sondern auch geschätzt werden. Daß der Weltwirtschaftsgipfel in Bonn ein Erfolg war, ist vor allem ein Verdienst von Helmut Schmidt.

Durch diese Ereignisse und Entwicklungen des Jahres 1978 ist die außenpolitische Rolle der Bundesrepublik Deutschland gewachsen. Damit ist auch ein Zuwachs an Verantwortung verbunden. Wir müssen uns darauf vorbereiten, diesen Zuwachs an Verantwortung im Jahre 1979 für die notwendigen außenpolitischen Weichenstellungen zu nutzen. Es wird dabei vor allem auf drei Dinge ankommen:

1. Das Gewicht Europas in der Weltpolitik nimmt zu. Die Erweiterung der Gemeinschaft von neun auf zwölf Mitgliedstaaten gibt der Europäischen Gemeinschaft, die schon jetzt der größte Handelspartner der Welt ist, ein größeres Gewicht. Unsere Anstrengungen müssen sich deshalb darauf richten, den inneren Ausbau Europas im Zuge der Erweiterung voranzutreiben, damit Europa die außenpolitische Rolle effektiv wahrnehmen kann, die ihr in Zukunft zufallen wird. Dieses größere Europa muß seine vornehmste Aufgabe darin erblicken, als Faktor des Friedens und des Ausgleichs in Erscheinung zu treten. Dies gilt im Ost-West-Verhältnis ebenso wie in der Nord-Süd-Politik.
2. Der Prozeß der Entspannung muß fortgeführt werden. Dies bedeutet in erster Linie Maßnahmen der Rüstungskontrolle in Europa und weltweit möglich zu machen. 1980 wird in Madrid die zweite KSZE-Folgekonferenz stattfinden. Hier müssen weitere konkrete Bereiche der politischen, wirtschaftlichen und humanitären Zusammenarbeit erschlossen werden. Die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen, vor allem SALT, aber auch andere Bereiche, müssen von Europa aus gestützt werden. In dem Maße, wie auf dieser Ebene Fortschritte erzielt werden, können die auf Europa bezogenen Rüstungskontrollverhandlungen zum Erfolg geführt werden. Rüstungskontrollmaßnahmen dienen unmittelbar unserer Sicherheit. Sie tragen zur Stabilisierung der Entspannungspolitik bei. Deshalb liegt hier ein entscheidendes Gebiet unserer außenpolitischen Bemühungen für das Jahr 1979 und darüber hinaus.
3. Inzwischen ist uns allen fühlbar und deutlich geworden, daß der Ausgleich zwischen Nord und Süd in unserem unmittelbaren Lebensinteresse als Industriegesellschaft liegt. Zwischen Industrie- und Entwicklungsländern existiert bereits heute ein Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit. Zwischen den Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern muß es langfristig nicht zu einem Konflikt kommen. Die gemeinsamen Interessen an wirtschaftlicher und sozialer Stabilität und Entwicklung überwiegen gegenüber kurzfristigen Gegensätzen in Einzelfragen. Diese Interessengemeinschaft muß gestärkt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland kann aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verwundbarkeit, mit der sie aufgrund ihrer Vergangenheit, ihrer geographischen Lage und ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von Rohstoffen und vom Export leben muß, nur im Zustand des inneren und äußeren Friedens gedeihen. Deshalb bleibt die Friedenssicherung auch die überragende außenpolitische Aufgabe für das Jahr 1979 und darüber hinaus,
(-/25.1.1979/hj/hgs)

Ein erfreuliches Ergebnis**Zwischenbilanz des 2. Sonderprogramms für Schwerbehinderte**

Von Hermann Rappe MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Mit Hilfe des 2. Sonderprogramms konnten bisher rund 9.700 Schwerbehinderte in Arbeit und Beruf eingegliedert werden, rund 7.820 Schwerbehinderte, darunter knapp 2.450 Frauen, auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Diese Zwischenbilanz des 2. Sonderprogramms von Bund und Ländern zugunsten der Schwerbehinderten für die Zeit von Januar bis Ende Dezember 1978 ist ein erfreuliches Ergebnis.

Damit ist das Ziel dieses Sonderprogramms, die Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter zu bekämpfen und die Schwierigkeiten schwerbehinderter Bewerber bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz zu überwinden, in eindrucksvoller Weise erreicht worden.

Dies gilt insbesondere für die Verbesserung der Ausbildungschancen schwerbehinderter Jugendlicher. Das Ergebnis: 1.800 Vermittlungen Schwerbehinderter auf einen Ausbildungsplatz in einem Jahr liegt fast doppelt so hoch wie das Gesamtergebnis des 1. Sonderprogramms.

Für die Finanzierung des 2. Sonderprogramms mußten bis Ende Dezember rund 82 Millionen DM aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz aufgewendet werden.

Das Sonderprogramm ist wegen seines beachtlichen Erfolges in Anbetracht der nach wie vor schwierigen Arbeitsmarkt- und Ausbildungsstellensituation für Schwerbehinderte zunächst bis zum 31. März 1979 verlängert worden. Bis dahin wird zu prüfen sein, welche Anschlußmaßnahmen ergriffen werden müssen, um der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter auch künftig wirksam begegnen zu können. Der Beirat für Rehabilitation der Behinderten, dessen gesetzliche Aufgabe es ist, den Bundesarbeitsminister in Fragen der Arbeits- und Berufsförderung Schwerbehinderter zu beraten, wird sich demnächst mit diesem Thema befassen.

Bereits mit dem vorliegenden Zwischenergebnis - das Programm wurde bis zum 31. März 1979 verlängert - wurde der Erfolg des 1. Sonderprogramms übertroffen.

Das mit dem 2. Sonderprogramm besonders verfolgte Ziel, die Ausbildungschancen schwerbehinderter Jugendlicher zu verbessern, ist erreicht worden. Mit 1.808 Vermittlungen auf Ausbildungsplätze liegt das erzielte Ergebnis fast doppelt so hoch wie das Gesamtergebnis des 1. Sonderprogramms mit 927 Auszubildenden, die vermittelt werden konnten.
(- / 24. 1. 1979 / vo-ho/hgs)

+

+

+

Stoppt die Versalzung von Werra und Weser

Eine Pipeline zum Transport der Kaliabwässer wäre allerdings keine Lösung

Von Karl-Arnold Eickmeyer MdB

Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Bis 1968 hielten sich die Probleme in Grenzen. Bis dahin nämlich hatte die DDR die Abwässer aus ihren Kaligruben nicht ungeklärt in die Werra und damit die Weser einfließen lassen, sondern sich an einen Vertrag gehalten, der 1913 zwischen Preußen und Thüringen geschlossen worden war und verbindlich die Höchstwerte für die Konzentration von Salzen in den Abwässern der Kaligruben festlegte. Diese Einleitungsquoten wurden durch die Kaliabwässerkommission zuletzt 1947 erneut festgeschrieben und 1951 bestätigt.

Genau wie das in den hessischen Kaligruben heute noch geschieht, hatte man auch in der DDR einen Teil der Abwässer durch sogenannte Schluckschichten in Kavernen des Untergrundes eingeleitet. Aber 1968 war die Aufnahmekapazität dort erschöpft, man bekam Probleme mit dem Grundwasser, und von Stund' an leitet man die gesamten Kaliabwässer ungeklärt zunächst in das kleine Fließchen Ulster, das diese Salzfracht dann der Werra anvertraut. Und die Werra gibt es an die Weser weiter - und da stehen wir nun mit dem Problem.

In der Weser wurden in den letzten Jahren Salzkonzentrationen von 4.000 mg pro Liter Wasser gemessen - das ist schon doppelt so viel wie die Salzkonzentration in der Nordsee. Messungen im Dezember letzten Jahres haben einen Chloridwert von 6.300 mg und einen Kaliumwert von 870 mg pro Liter ergeben. Die Folge war ein großes Fischsterben. Eine Lösung des Problems ist dringend geboten, das steht außer Frage. Und in der Länderarbeitsgemeinschaft zur Reinhaltung der Weser, der alle Anrainerländer der Weser angehören, bemüht man sich in Zusammenarbeit mit dem Bund in Verhandlungen mit der DDR eine Lösung des Problems zu finden, eine Lösung, die auch langfristig die zunehmende Belastung der Weserumwelt aufhebt.

Eine Pipeline zur Nordsee, wie sie mit in der Überlegungen einbezogen wurde, wäre allerdings eine schlechte Lösung, weil sie das Problem "Salzbelastung von Werra und Weser" von diesen Flüssen auf die Nordsee und die Küstenregion abschöbe.

1. Man muß sich bei der Lösung des Problems vorrangig darauf konzentrieren herauszufinden, wie man die Salze der Kaliabwässer reduzieren kann, d.h. das Verursacherprinzip ist in den Vordergrund einer möglichen Lösung oder Minderung des Problems

zu stellen. Möglichkeiten betrieblich-technischer Lösungen sind z.B. das Flotationsverfahren oder das elektrostatische Verfahren.

2. Wissenschaftliche Untersuchungen über die Auswirkungen der Einleitung von Kaliabwässern auf die Tier- und Pflanzenwelt etc. an der deutschen Nordseeküste haben vor dem Bau einer Pipeline zu erfolgen, nicht hinterher.
3. Der Bau einer Pipeline von der Werra in die Nordsee ist auch deshalb schärfstens abzulehnen, weil Städte und Gemeinden im Landkreis Cuxhaven sich z.B. durch den Bau von Kläranlagen vorbildlich um die Reinhaltung des Meeres und die Erhaltung der Umwelt und damit auch des Fremdenverkehrs in dieser Küstenregion bemühen. Diese Bemühungen sind "für die Katz", wenn sie durch den Dreck anderer ins Gegenteil verkehrt werden.
4. Bevor man den Bau einer Rohrleitung zur Nordsee favorisiert, sollte man alle denkbaren Lösungsmöglichkeiten auch bezüglich einer Kosten-Nutzen-Analyse überprüfen. Die Gefahren für Korrosion und Verkrustung des Leitungssystems, die Kosten für den Bau selbst, die zu erwartenden Betriebskosten und die hohen Sicherheitsanforderungen dürften in keinem Verhältnis zum Jahresumsatz stehen. Hinzu kommt, daß nach Meinung der Fachleute eine Rohrleitung ein aufwendiges Sammlersystem mit Zwischenspeichern und Pumpstationen voraussetzt, das viele ungelöste technische und wirtschaftliche Probleme in sich birgt. Als Vergleich sei nur auf die rund 200 km lange Solepipeline aus dem Ruhrgebiet bis in den Tidebereich der Ems verwiesen, die sich aus technischen Gründen und nicht zuletzt wegen der hohen Kosten als nicht realisierbar erwiesen hat. Mit wieviel mehr Bedenken muß man dann erst an eine Rohrleitung von der Werra bis zur Nordsee herangehen, die eine Länge von rund 400 km hätte?
5. Mindestens 90 Prozent der salzigen Abwässer, die in die Werra/Weser eingeleitet wurden, kommen aus Kaliwerken der DDR. Die im Abkommen festgesetzte Höchstgrenze wird dabei um ein Vielfaches überschritten. Die DDR übertritt damit gültige Abkommen, ohne sich um Abhilfe oder Abstimmung mit der Bundesrepublik Deutschland zu bemühen. Das Verhalten der DDR zeigt, daß sie als Oberlieger das Verursacherprinzip gegenüber der Bundesrepublik nicht beachtet, es aber z.B. in anderen Fällen als Untertieger gegenüber der CSSR durchaus in Anspruch nimmt. Für Verhandlungen mit der DDR ist die Bundesregierung zuständig. Zugleich mit der Klärung der technischen Möglichkeiten zur Lösung der anstehenden Probleme sind deshalb politische Verhandlungen mit der DDR nötig, um zu einer Lösung zu kommen, die den Interessen der Menschen und Regionen in beiden deutschen Staaten gerecht wird. (-/25.1.1979/hi/hgs)

+

+

+